

**Unterrichtung**  
(zu Drs. 15/794 und 15/897)

Der Präsident  
des Niedersächsischen Landtages  
– Landtagsverwaltung –

Hannover, den 28.04.2004

**Etikettenschwindel und Missbrauch des Elitebegriffs beenden - Leistung, Wettbewerb und Exzellenz durch Deregulierung der Rahmenbedingungen im Hochschulbereich tatsächlich fördern**

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 15/794

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur - Drs. 15/897

Der Landtag hat in seiner 31. Sitzung am 28.04.2004 folgende Entschließung angenommen:

**Etikettenschwindel und Missbrauch des Elitebegriffs beenden - Leistung, Wettbewerb und Exzellenz durch Deregulierung der Rahmenbedingungen im Hochschulbereich tatsächlich fördern**

Der Landtag stellt fest, dass

- der von der Bundesregierung vorgesehene Wettbewerb „Brain up! Deutschland sucht seine Spitzenuniversitäten“ ungeeignet ist, Leistung und Elite an den Hochschulen zu fördern,
- Elitehochschulen weder durch Symbolpolitik oder Innovationsrhetorik noch durch politische Etikettierung entstehen,
- Exzellenz auf der Ebene der Fakultäten und Wissenschaftsbereiche an den verschiedensten Hochschulen und nicht gebündelt an einigen wenigen Einrichtungen besteht,
- die Stärken der Hochschulen durch wissenschaftsgesteuerten Wettbewerb mit gezielter Vernetzung konsequent gefördert werden müssen,
- der weitere Ausbau von Elite und Exzellenz wettbewerbsfördernde und leistungsorientierte Rahmenbedingungen erfordert, die bisher von der Bundesregierung verhindert werden,
- das Studierendenauswahlrecht konsequent eingeführt und die planwirtschaftliche Studienplatz-zuteilung durch die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) abgeschafft sowie
- das Hochschulfinanzierungssystem novelliert und die Erhebung von Studiengebühren ermöglicht werden muss,
- die Rahmengesetzgebung für das Hochschulwesen sich nicht bewährt hat und
- die Bundesregierung dem Wissenschaftsstandort Niedersachsen nachhaltig schadet, indem sie die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau um 175 Mio. Euro reduziert und die Vereinbarung zum kontinuierlichen Anstieg der Forschungsförderung einseitig aufgekündigt hat.

Der Landtag bittet die Landesregierung darauf hinzuwirken, dass

- die Bundesregierung von undurchsichtigen Scheinwettbewerben zur vermeintlichen Eliteförderung auf Kosten der ihr zugewiesenen Aufgaben Abstand nimmt,
- die Bundesregierung ihrer bisher bestehenden Verantwortung bei den Gemeinschaftsaufgaben Hochschulbau und Forschungsförderung nachkommt,

- die Bundesregierung ihre leistungsfeindliche Hochschulpolitik tatsächlich beendet,
- wettbewerbsfördernde und leistungsorientierte Rahmenbedingungen durch das Hochschulrahmengesetz nicht weiter behindert werden und
- die konsequente Förderung der fachlichen Exzellenz durch gezielte Vernetzung wissenschaftlicher Elite ausgebaut wird.